

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Vorverhandlung gegen Iuventa / Jugend Rettet, MSF, Save the Children und Vroon endet in Trapani Gute Nachrichten!

Am Freitag, den 19.04.2024, endete nach insgesamt sieben Jahren die Vorverhandlung gegen die Angeklagten der vier Organisationen/Firmen mit der Einstellung des Verfahrens. Mehrere Rettungseinsätze in den Jahren 2016-2017 waren von der italienischen Staatsanwaltschaft als "Schlepperei" ausgelegt, woraufhin den Angeklagten (Mitglieder der Iuventa-Crew und Mitglieder von Ärzte ohne Grenzen & Save the Children) "Beihilfe zur irregulären Einwanderung" vorgeworfen wurde und Haftstrafen von bis zu 20 Jahren drohten. Informationen über die Hintergründe der Anklage und einen detaillierten Verlauf der Ermittlungen und Verhandlungen vor Gericht, können [auf unserer Homepage](#) gefunden werden.



Es ist vorbei! Vor dem Gericht in Trapani

Italiens Rechte bereitet sich auf die EU-Parlamentswahlen vor

Die Parteien bereitet sich auf die anstehenden [EU-Parlamentswahlen](#) vor, die in Italien am 8. Und 9. Juni stattfinden werden: Für Forza Italia wird der Parteivorsitzender und derzeitige italienische Außenminister Antonio Tajani kandidieren. Die

amtierende Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni, wird ihre Kandidatur für die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (Fdi) am 28. April bekannt geben; ob Matteo Salvini für die Lega kandidieren wird, ist hingegen noch unsicher. **Bisher ist keine gemeinsame „Strategie“ der rechten Parteien erkennbar:** Während die Fdi ihren Wahlkampf auf der bisherigen Politik Melonis aufbaut und mit guten Umfragewerten – ins Besondere im Bereich der Migrationspolitik – rechnen kann, wirbt die Lega nicht personenbezogen, sondern setzt auf europaskeptisch- bis antieuropäisch eingestellte Wähler*innen in einer gemeinsamen Liste mit der Unione di Centro (Udc). Forza Italia versucht das „gemäßigte“ konservative Spektrum zu erreichen und nutzt die Beliebtheit der Familie Berlusconi, um für Tajani zu werben.

Neuer EU-Asyl- und Migrationspakt verabschiedet

Das [EU-Parlament](#) hat nach langer Diskussion am 10. April für die **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** gestimmt, welche als endgültige Aushebelung des europäischen Asylsystems eingeordnet wird: GEAS signalisiert das **Ende der Rechte für Migrant*innen**. [Hier](#) und [hier](#) können die Inhalte des GEAS im Detail nachgelesen werden. Zu den wichtigsten [Änderungen](#) gehört die Einrichtung von „**Grenzzentren**“ an den sog. EU-Außengrenzen, in denen Menschen untergebracht werden, während ihre Asylanträge bearbeitet werden. Im Rahmen eines **tiefgreifenden Screening-Verfahrens**, das Identitäts- und Fingerabdrucknahme sowie Gesundheits- und Sicherheitsprüfungen umfasst, soll den Migrant*innen innerhalb von fünf Tagen mitgeteilt werden, ob sie in der EU bleiben können oder abgeschoben werden.

Die Grundprinzipien der **Dublin-Verordnung bleiben weiterhin in Kraft**. Zudem wurde eine Solidaritätsmechanismus zwischen den EU-Mitgliedstaaten festgeschrieben, in dem die Maßnahmen der Solidarität allerdings sehr schwammig gehalten sind. Die Entscheidung, das Dublin-Verfahren aufrecht zu erhalten, ist eine Niederlage für die italienische Regierung, die sich für verpflichtende Verteilungsquoten eingesetzt hatte.



Plan des neuen Hotspots in Porto Empedocle, Sizilien

„Eine echte Reform hätte, um es deutlich zu sagen, einstimmig zur Aufhebung der dem Dublin-Abkommen zugrunde liegenden Vorschriften führen müssen. Sie hätte die Person und ihre Grundrechte in den Mittelpunkt stellen müssen. Sie hätte als inspirierenden Eckpfeiler das Prinzip der Gastfreundschaft in all seinen Aspekten haben müssen.

Anders als die Befürworter*innen des Neuen Pakts für Migration glauben, scheint das Europäische Parlament derzeit eher eine Reform des europäischen Systems durch die **Stärkung der Mechanismen zum Schutz der Außengrenzen der EU selbst anzustreben.**“, so die Rechtsanwältin [Giuseppina Di Salvatore](#).

Leider ist zu befürchten, dass die Reformen des GEAS zu noch **mehr Todesfällen auf der Flucht** führen wird, weil die Fluchtbedingungen an Land und auf See verschlechtert und die Kriminalisierung der Seenotrettung nicht beendet wird. Von der zwingenden Notwendigkeit, eine staatliche, europäische Such- und Seenotrettung einzurichten, wird nicht gesprochen. Der stellvertretende Vorsitzende der europäischen Abteilung des Internationalen Rettungskomitees (IRC), [Harlem Désir](#), erklärt, „der Pakt klärt weder die Verantwortlichkeiten der Staaten in Bezug auf die Seenotrettung noch die Unterstützung der Organisationen, die ihn umsetzen und den Schiffbrüchigen zu Hilfe kommen. **Er scheint das Seerecht zu vergessen.** Es ist zu befürchten, dass die Staaten weiterhin Rettungsaktionen behindern, die

Route der Boote verlängern, sie in den Häfen blockieren und Nichtregierungsorganisationen kriminalisieren, um deren Arbeit zu erschweren.“ Stattdessen sieht der Pakt ein System zur **Inhaftierung von Menschen vor, die „irregulär“ an den Grenzen der Europäischen Union ankommen.** Mit der Übertragung der Zuständigkeit für eine Such- und Rettungszone (SAR) an Tunesien, Ägypten und Mauretanien könnten die bestehenden Problemen bei den Einsätzen und der Koordinierung von Rettungsaktionen auf See weiter verstärkt werden, so wie es im Fall von Libyen, das im Jahr 2018 eine eigene SAR Zone proklamierte.

Auch aus juristischer Sicht werden die GEAS-Reformen entschieden abgelehnt: Laut der [Association for Legal Studies on Immigration \(ASGI\)](#) haben Asylsuchende in Europa von nun an „kein effektives Recht mehr auf eine vollständige Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz und können an den Außengrenzen der Union systematisch festgehalten werden“. Dieser **Verstoß gegen geltendes EU-Recht** „wurde wiederholt von den europäischen Gerichten verurteilt, wie



Eingang Hotspot Porto Empedocle

beispielsweise die Verurteilung Italiens durch den EGMR wegen der rechtswidrigen und erniedrigenden Inhaftierung im Hotspot Lampedusa oder wegen der willkürlichen Inhaftierung von Minderjährigen im Hotspot Taranto“ verdeutlichen.

Politische Situation in Albanien

Die Fertigstellung der **neuen italienischen Erstaufnahmezentren in Albanien** verzögert sich und zugleich wird deutlich, dass die offiziellen Kosten – die auf rund 150 Millionen Euro pro Jahr für fünf Jahre geschätzt werden – nicht ausreichen werden, um den Transport von Migrant*innen, die Gesundheitsversorgung sowie die „unbegrenzte Vergabe“ von Unteraufträgen abzudecken. Der Abgeordnete der Partito Democratico (Pd), **Matteo Mauri**, prangerte die mittlerweile auf weit über 700 Millionen Euro gestiegenen Kosten an und bezeichnete sie als „unverhältnismäßige Ausgaben für eine Initiative, die als völlig unnötig angesehen wird“. Das **Politmagazin Report** deckte in seiner Ausgabe vom 21. April sogar Kosten von ca. einer Milliarde Euro (für fünf Jahre auf. Die **italienische Regierung** unter Giorgia Meloni kündigte in diese Kontext auch den **Bau zweier neuer (Abschiebehaf-)Zentren mit einer Kapazität von max. 3000 Plätzen in Albanien** an (siehe in den vergangenen Ausgaben des Sciroccos).

Situation der Geflüchteten

Mangelhafte Umsetzung des Asylrechts in Italien

Laut eines neuen **Berichts** des International Rescue Committee Italy (IRC), der in Zusammenarbeit mit Le Carbet, Mutuo Soccorso Milano, Naga, Asgi und Intersos erstellt wurde, würden zahlreiche Schutzsuchenden von den Ausländerbehörden (questure) abgewiesen oder Anträge auf internationalen Schutz nicht rechtzeitig bearbeitet: In Mailand sei es beispielsweise lediglich **einem Viertel der Personen gelungen, einen Termin bei der Questura zu bekommen**, um einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen.

Diese Verzögerungen würden gegen die Rechtsvorschriften über den internationalen Schutz verstoßen und dazu führen, dass sich die prekäre Lebenslage von Schutzsuchenden weiter verschlechtert, weil sie nicht in der Lage seien, über das Aufnahmesystem eine Unterkunft oder eine formelle Beschäftigung zu finden oder anderen, mit der Beantragung des internationalen Schutzes verbundenen Rechte, in Anspruch zu nehmen. Das

IRC fordert, dass die Regierung und lokale Organisationen nicht nur mit ausreichend finanziellen Mittel ausgestattet werden, um die Anträge rechtzeitig zu bearbeiten, sondern auch, dass sichergestellt werde, dass alle Betroffenen „unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, der gesprochenen Sprache, ihrer sozioökonomischen Situation, ihren digitalen Kenntnissen oder anderen Umständen“ einen Antrag auf internationalen Schutz stellen können, dass **Verfahren landesweit vereinheitlicht werden** und **Mindeststandards für die Verfahren zur Registrierung von Schutzanträgen** festgelegt werden. Flaminia Delle Cese, Rechts- und Advocacy-Beraterin von IRC Italia betont, dass es nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, sondern auch ein Akt der Menschlichkeit sei, Menschen, die vor Konflikten, Gewalt und Verfolgung fliehen, die Möglichkeit auf internationalen Schutz zu geben. Stattdessen werde deutlich, dass dies „ein verweigertes Recht“ sei.



Staatliches Aufnahmezentrum für Asylsuchende Caltanissetta, Sizilien

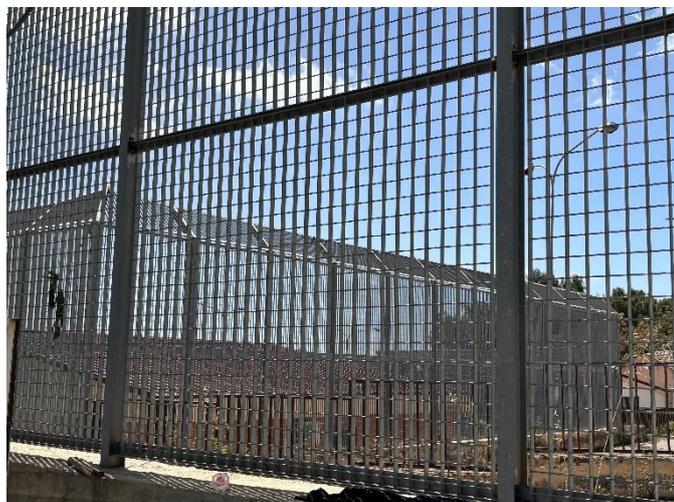
Untragbare Zustände in Abschiebehafzentren (CPR)

Rund 500 Migrant*innen sind derzeit in den acht in Italien aktiven Abschiebehafzentren (CPR) untergebracht – viele von ihnen, ohne ein Verbrechen begangen zu haben. Die Haftbedingungen in den CPR sind unmenschlich und die drohende Rückführung (die häufig nicht stattfindet) eine mentale Qual. Dennoch wurde die **mögliche Haftdauer von drei auf 18 Monate erhöht**. Eine **Delegation des Tavolo Asilo e Immigrazione**, die zuletzt zusammen mit einigen Abgeordneten der

Opposition die Zentren besuchen konnte, stellte erneut „schwerwiegende hygienische und sanitäre Mängel, unbehandelte Krankheiten, starker Missbrauch von Psychopharmaka und tägliche Selbstverletzungen“ fest. Zudem gebe es kaum Kulturmittler*innen, keine Möglichkeit, mit Anwält*innen zu sprechen und Essen werde selbst dort, wo es Kantinen gebe, in den Zellen ausgegeben (siehe ähnliche Berichte in den [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters).

Die CPRs seien „Orte der Inhaftierung“, so die Vertreter*innen des Asyl- und Immigrationstisches, „an denen die Rechte, die für Inhaftierte in italienischen Gefängnissen vorgesehen sind, nicht gewährleistet werden.“ Sie fordern die Schließung der Zentren, da diese **„Orte der Rechtsverweigerung im Lichte einer gescheiterten Politik“** seien, die neben der „Verschwendung öffentlicher Gelder, mehr als 40 Todesfälle, **systematische Gewalt** und Dutzende von Selbstmordversuchen“ zählten. Erst Anfang Februar 2024 hat sich der 22-jährige Guineer Ousmane im CPR Ponte Galeria in Rom das Leben genommen (wir berichteten [hier](#)), weil die Überlebensbedingungen dort unerträglich sind und der Staat Menschen systematisch die Hoffnung auf ein Leben in Würde nimmt.

Der Präsident von Naga, [Riccardo Tromba](#), kündigte eine **neue Beschwerde bei der Mailänder Staatsanwaltschaft gegen das CPR in Mailand** an. Naga ist ein Verein, der sich seit Jahren mit den Einwanderungs- und Haftbedingungen im CPR in der Via Corelli in Mailand beschäftigt und bereits im



Abschiebehäft Caltanissetta, Sizilien

Dezember 2023 wegen der katastrophalen Zustände im CPR Anzeige gegen die Einrichtung erstattet hatte. Die neue Beschwerde betrifft die Gewalt, mit der Beamt*innen der Guardia di Finanza (Finanzpolizei) auf den Protest inhaftierter Migrant*innen reagierten sowie Selbstverletzungen, die sich zwischen dem 10. und 18. Februar ereigneten, erklärt Tromba im Interview mit der Tageszeitung [il manifesto](#). Die Vorfälle seien in der Beschwerde mit Audio-, Video- und Fotobeweisen detailliert aufgeführt. Naga fordert die Schließung des CPR, da die kommissarische Leitung selbst nach Inspektionen und Untersuchungen durch die Justiz keine Verbesserungen in der Einrichtung vorgenommen habe.

Das zeige, dass „die CPRs nicht reformiert werden können, auch nicht, wenn sie von der Justiz untersucht werden. Das CPR von Mailand zeigt, dass sich die Geschichte wiederholt. **Auf jede vorübergehende Schließung folgt eine Wiedereröffnung unter immer schlechteren Bedingungen.** Die Menschen wehren sich zu Recht gegen eine absurde Situation, eine unverständliche Inhaftierung, die grausamer ist als ein Gefängnis. (...) Die CPR verursachen neue Probleme für diejenigen, die bereits Probleme haben und sie bringen Leid, wo bereits Leid vorhanden ist. (...) Diese Einrichtungen werden immer mehr zu ‚sozialen Müllhalden‘ und **Instrumenten der sozialen Kontrolle**“, so Tromba.

Auch der Abgeordnete der Demokratischen Partei (Pd), [Marco Lacarra](#), hat sich nach einer Besichtigung des CPR in Bari-Palese deutlich gegen die Zustände in den Abschiebehäftzentren ausgesprochen. Er forderte größere öffentliche Aufmerksamkeit, eine Erhöhung der Ressourcen sowie eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem System der CPR. Trotz der großen öffentlichen Kritik an den CPR, wurde der **Bau eines neuen Abschiebehäftzentrums in Ligurien** beschlossen, welches voraussichtlich in der ehemaligen Camandone-Kaserne in Diano Castello errichtet wird. Das [Komitee „No CPR“](#), dem neben der Bürgermeister der Gemeinden des Golfo Dianese auch Berufsverbände sowie Bürger*innen angehören, bekräftigte den Widerstand gegen „die auf ministerieller Ebene getroffene Entscheidung“.

Der Ausschuss werde so bald wie möglich zusammentreten, um weitere gegensätzliche Maßnahmen festzulegen, heißt es in der [Erklärung](#). Mit der Adaption des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) am 10. April 2024 durch die Europakammer der EU kündigte der italienische [Innenminister Matteo Piantedosi](#) einen weiteren „außerordentlichen Plan zur Ermittlung von Gebieten“ für den Bau neuer CPR an. Obwohl Piantedosi behauptet, dass es eine „starke Korrelation“ zwischen der Zahl der Abschiebungen und den verfügbaren Plätzen in den Einrichtungen gäbe, hat das [Polizeipräsidium](#) im letzten Jahr 28.983 Abschiebungsanordnungen erlassen, von denen „nur“ 4.368 tatsächlich durchgeführt wurden.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtlosigkeit“](#).

Ende April erscheint auch unser neues Streiflicht „Kosmos Palermo“ und wird auf der [Homepage](#) zu finden sein!

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR).

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash